

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

367  
Wien, am 19. Dezember 1935

Dritter Budgetbericht  
Sitzung vom 19. Dezember 1935.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute mit der Spezialdebatte zum Hauptstück "Allgemeine Verwaltung" die Beratung des Voranschlages 1936 der Stadt Wien fort.

Obermagistratsrat Dr. Schindler führt in seinem Bericht aus, dass für Aktivbezüge Ausgaben von 99'7 Millionen S und für Pensionsbezüge Ausgaben von 45'7 Millionen S vorgesehen sind. Am 1. August 1935 zählte die Stadt Wien 22.472 Aktivangestellte und 12.637 Pensionsparteien. Der Stand der Aktiven ist vom 1. August 1934 bis 1. August d.J. um 445, der der Pensionsparteien um 250 gestiegen. Zu diesen Personalständen kommen noch 281 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen-Kinderhospital und 364 nebenberufliche Lehrpersonen, die hauptsächlich für den Unterricht in Freigegegenständen und für den Religionsunterricht bestellt sind.

Nachdem Obersenatsrat Dr. Neumayer über den Sachaufwand für die in Beratung stehende Gruppe gesprochen hatte, sprach

Rat Dr. Trautzi über das Volksbildungswesen, er dankte dem Bürgermeister und dem Finanzreferenten, dass sie die Volksbildungsinstitutionen stets gefördert haben und auch, wenn grössere Summen hierfür erbeten wurden, geholfen haben. Vor allem gilt dem Herrn Bürgermeister der wärmste Dank für sein grosszügiges Eingreifen im Dienste der Volksbildung.

Nunmehr gelangt das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" zur Verhandlung. Berichterstatter ist: Obersenatsrat Dr. Maly, der u.a. ausführt: Das Wohlfahrtsbudget weist eine Bruttoausgabe von 96'1 Mill. S. aus. Dazu kommen noch die Personal- und Sachauslagen, die im Hauptstück "Arbeitsbeschaffung" veranschlagt, dem Wohlfahrtsamte zugute kommenden Ansätze für Wäsche, Decken, Einrichtungsgegenstände u.dgl., sodass sich ein Gesamterfordernis von rund 110 Millionen S ergibt.

Die Hauptpost bilden die Beiträge zu den Notstandsaus-  
hilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge im Betrage von 14'2 Millionen S, sowie zum Kleinrentnerfonds im Betrage von 1'5 Millionen S. Der Berichterstatter spricht dann ausführlich über die Familienfürsorge, die er als eine erweiterte Fürsorge bezeichnet. Sie erstreckt sich auf Familien mit vier oder mehr Kindern. Voraussetzung ist eine eheliche, geordnete Familiengemeinschaft. Es sollen vor allem kinderreiche Familien befürsorgt werden, die Naturalien, zugewiesen erhalten sollen, denen Zinsrückstände gewährt werden, Pfandauslösungen u.s.w. Ausserdem werden Institutionen, die sich mit dem Schutze der Familien befassen, unterstützt. Die Familienfürsorge - betont der Redner -, ist nicht mehr eine blosse Befürsorgung, sie ist auch eine Vorsorge, denn sie zielt auf die Verwirklichung von sozialpolitischen Massnahmen ab, die geeignet sind, die Familie aus der Fürsorgebedürftigkeit herauszuziehen und auf eine gesunde Lebensgrundlage zu stellen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am.....

In seinem weiteren Bericht hebt der Redner die Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der privaten Fürsorge hervor. Die privaten Wohltätigkeitsvereine müssen aber auch wirkliche, zusätzliche Arbeit leisten, sie dürfen sich keineswegs nur als Vermittler zwischen den Befürsorgten und der Stadt Wien ansehen. Ein besonderes Gebiet für das Zusammenarbeiten zwischen privater und öffentlicher Fürsorge bilden der Mutterschutz und die Säuglingsfürsorge.

Aus dem ungeheuren Gebiet des Wohlfahrtswesens sind folgende Tatsachen hervorzuheben. Am 1. Oktober 1935 standen etwa 23.700 Familien im Genusse von Pfleglingbeiträgen, die sie für etwa 41.500 Kinder bezogen. Für 5000 Kinder sind Pflegegelder bewilligt. Die Stadt Wien unterhält derzeit einschliesslich der Horte 110 Kindergärten mit 341 Abteilungen. Die Berufsvormundschaft betreut derzeit 23.000 Mündel. Ferner gibt es 33 städtische Mutterberatungsstellen und eine Expositur. Die Richtlinien für die Aufgaben der Schwangerenberatungsstellen, deren die Gemeinde 6 unterhält, sind wesentlich erweitert worden, insbesondere in bevölkerungspolitischer Richtung. Ende Oktober 1935 standen 52.111 Personen im Genusse von Erhaltungsbeiträgen.

Ausführlich beschäftigt sich der Referent mit der Bedeutung des Fürsorgebuches, das kein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis ist. Durch das Fürsorgebuch soll nur der gewerbmässigen Unterstützungsjägerei Einhalt geboten werden. Die Zahl der Fürsorgebücher beträgt derzeit insgesamt 170.000 mit 425.000 Einzelpersonen. In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind 4000 freiwillige Fürsorgeräte tätig.

Frau Rat Wolffring. Das tragende <sup>Fundament</sup> des Staates ist die Familie. Dass gerade beim Kapitel Wohlfahrtswesen keine Ersparungen vorgesehen sind, zeigt von dem grossen Verantwortungsbewusstsein, das den Bürgermeister dieser Stadt erfüllt, wenn es gilt, diese fundamentale Grundlage des Staates zu stützen. Der Aufbau der Familie kann aber nicht alleine aus materiellen Gründen heraus erfolgen. Auch die ideelle und die geistige Umstellung der Bevölkerung ist notwendig. Es gehört dazu eine systematische Eheberatung und eine Verberatung der weiblichen Jugend zur Hausfrau und Mutter. Es ist daher notwendig auch auf eine obligatorische Mütterschule im Wohlfahrtsamte der Stadt Wien hinzuarbeiten. Die Rednerin drückt sodann im Namen des Mutterschutzwerkes der V.F. dem Wohlfahrtsamte für sein hervorragendes Wirken den Dank aus. Dann äussert sie einige Wünsche bezüglich der Obdachlosenheime und wendet sich gegen die private-Sammlungstätigkeit, die unbekümmert um das Bestehen des Sammelverbotes die Bevölkerung ermüdet. Neben der wundervollen Auswirkung der Fürsorgebücher wäre noch eine Einrichtung notwendig, um die Gebefreudigkeit der Bevölkerung zu erleichtern. Rednerin befasst sich noch mit der Bettlerplage und stellt fest, dass die Verhältnisse nach dem vielversprechenden Anfang der Beschäftigungsanstalt für Berufsbettler bedeutend besser geworden sind. Rednerin ersucht darum, diesen Versuch weiter auszuweiten und gibt zum Schlusse ihrer ausserordentlichen Freude darüber Ausdruck, dass sie als Rat der Stadt Wien unter dem sozialsten Bürgermeister zu arbeiten hat.

Nach dem Schlusswort des Referenten Obersenatsrat Dr. Maly referiert Senatsrat Gehladt über das vierte Hauptstück "Wohnungsamt". (Die Sitzung dauert fort).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Der Berichterstatter führt aus, dass eine gewisse Wohnungsnot noch immer <sup>glaube</sup> ~~glaube~~, wenn man Zahl und Art der Wohnungsgesuche betrachte. Gegenwärtig steht einem Vorrat von kaum 200 freien Wohnungen in städt. Häusern ein Stand von noch immer rund 40.000 Wohnungsansuchen gegenüber, von denen 7000 Fälle als besonders berücksichtigungswürdig, davon 2000 als dringend wegen Wohnungslosigkeit, Unbrauchbarkeit der Wohnung wegen Baufälligkeit, Sanitätswidrigkeit oder wegen übermässigen Ueberbelages vorgemerkt sind. Alle anderen Gesuche kommen überhaupt nicht in Betracht, da es an freien Wohnungen dafür mangelt. Für die städt. Wohnhäuserverwaltung sind an Personal- und Sachkosten insgesamt 15'74 Millionen S vorgesehen, denen Einnahmen in der Gesamthöhe von 19'04 Millionen S gegenüberstehen.

Frau Rat Wolfring anerkennt die Leistungen des städt. Wohnungsamtes und hebt hervor, dass es immer nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit vorgehe. Insbesondere werden die <sup>der</sup> Ansuchen / kinderreichen Familien stets bevorzugt.

Das Hauptstück "Wohnungsamt" wird genehmigt.

## Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe.

Morgen, Freitag, und übermorgen, Samstag, findet in Wien wie in den Vorjahren die offizielle Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe statt.

Wenn auch die berufenen öffentlichen Faktoren das Menschenmögliche aufgeboten haben, um der Wintersnot zu steuern, und wenn auch bisher in dankenswerter Weise viele namhafte private Spenden zur Verfügung gestellt worden sind, so bleibt doch noch immer genug zu tun übrig, um das volle Gelingen der Winterhilfsaktion zu sichern.

Darum gebe jeder nach Kräften bei der offiziellen Strassensammlung der Wiener Winterhilfe am Freitag und Samstag!

Sodann berichtet Stadtbaudirektor Dr. I. Musil über das Hauptstück "Technische Angelegenheiten". Der Referent hebt hervor, dass das Jahr 1935 dem Wiener Stadtbauamt, seinen Abteilungen und Baudienststellen einen Hochbetrieb brachte, wie schon lange nicht, da aus dem Investitionsprogramm nicht weniger als 45 Millionen S. verarbeitet wurden. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres allein wurden nicht weniger als 2752 Wiener Gewerbetreibende und Industrielle mit Arbeitsaufträgen bedacht. Der Redner berichtet ausführlich über die einzelnen Artikel des Hauptstückes, wobei er den Strassenbau als eine der wichtigsten Aufgaben des Stadtbauamtes bezeichnet. Seit Mitte 1934 sind insgesamt 120 Strassenbauten mit einer Kostensumme von fast 11 Millionen S in Angriff genommen worden. Der Redner bespricht dann die Leistungen auf dem Gebiete der Wasserversorgung, des Kanalisationswesens, der Brückenerhaltung und würdigt sodann eingehend die Bedeutung des Hausreparaturfonds und des Assanierungsfonds für die Belebung der Wirtschaft.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Auszeichnung des Bezirksvorstehers Dr. Siegmeth.

Der Bundespräsident hat dem Bezirksvorsteher der Inneren Stadt Obermagistratsrat Dr. Siegmeth das Ritterkreuz I. Klasse des Oesterreichischen Dienstordens verliehen, dessen feierliche Ueberreichung Bürgermeister Richard Schmitz heute im Rathaus vornahm. Der Bürgermeister würdigte in einer herzlichen Ansprache die Verdienste des Ausgezeichneten, die dieser sich in seiner zwölfjährigen Wirksamkeit als Bezirksvorsteher und in einer mehr als dreissigjährigen Tätigkeit als Konzeptbeamter des Wiener Magistrates erworben hat, und sprach ihm seine und der Stadt Wien Glückwünsche aus. Bezirksvorsteher Siegmeth dankte in bewegten Worten für die Ehrung und versprach, die Treue, die er vor Jahrzehnten dem grossen Volksbürgermeister Dr. Karl Lueger gelobt hat, der Stadt Wien auch weiterhin zu halten. Der Feier wohnten Vizebürgermeister Lahr, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder, der Vorstand des Präsidialbüro Senatsrat Jiresch, der Bezirksleiter der V.F. Innere Stadt Generalmajor Zobernig, Stadthauptmann Hofrat Schattl, die Wiener Bezirksvorsteher, die Bezirksräte des I. Bezirkes, Pfarrer Kanonikus Müller von St. Stephan, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden und Aemter der Inneren Stadt, des Gewerbebundes, der Vaterländischen Verbände, der Fürsorge- und sonstigen Aktionen des Bezirkes bei.

.....

In der Spezialdebatte über das Hauptstück "Technische Angelegenheiten" spricht zunächst Rat Ing. Hermann. Nach fachmännischen Ausführungen über die verschiedene Herstellung von Strassendecken empfiehlt der Redner zum Zwecke von Ersparungsmassnahmen folgendes zu beachten: Eine vermehrte Verwendung der Betonstrasse wegen ihrer Billigkeit, geringerer Erhaltungskosten, hoher Lebensdauer und besonderer Eignung für den Strassenverkehr; eine verminderte Anwendung der Asphaltstrasse wegen geringerer Eignung.

Rat Uebelhör empfiehlt die Aktion des Dombauvereines, um Mittel für die ständig notwendigen Erhaltungsarbeiten an der Stephanskirche aufbringen zu können, die durch die normalen Einnahmen nicht im ausreichenden Masse gedeckt werden können. Eine etwaige Einstellung der jedes Jahr notwendigen Reparatursarbeiten würde die Stephanskirche, die eines der bedeutendsten und herrlichsten Bauwerke darstellt, der Gefahr des Verfalles aussetzen. Redner ersucht um eine entsprechende Regelung der Umgebung des Lessingdenkmals/ <sup>auf dem</sup> Judenplatz und hofft, dass das Projekt des Assanierungsfonds zur Beseitigung einer der gefährlichsten Verkehrsecken, der sogenannten Todesecke auf der Hernalserhauptstrasse im Jahre 1936 durchgeführt werden kann. Er ersucht um eine Ausgestaltung der Anlage des Alszauberbrunnens am Elterleinplatz; schliesslich macht er auf den Umstand aufmerksam, dass es auf der Hernalserhauptstrasse noch einzelne für den Verkehr hinderliche Vorgärten gibt. (Beifall.)

Rat Elsinger gibt der allgemeinen Befriedigung der Bevölkerung und der Wirtschaftskreise Ausdruck darüber, dass die Stadtverwaltung ganz bedeutende Summen für die Besserung des Zustandes der Wiener Strassen verwendet hat und auch im nächsten Jahre verwenden wird. In der Frage der Herstellung moderner Strassendecken schliesst sich Redner den Ausführungen des Rates Ing. Hermann an und wünscht eine



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

**Vermehrung** der Betonstrassen. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, die in der Inneren Stadt erforderlichen Strassenreparaturarbeiten schon vor der Zeit des stärksten Fremdenverkehrs durchzuführen. Im Interesse des Fremdenverkehrs wäre auch die Anbringung der noch fehlenden Strassentafeln an einzelnen Strassenkreuzungen notwendig. (Beifall.)

Rat Stubenvoll ersucht darauf zu achten, dass Wien nicht mehr als Gemeinde, sondern mit seinem vollen verfassungsrechtlichen Titel "Bundesunmittelbare Stadt" bezeichnet werden soll. Redner wünscht eine etwas strengere Bewachung der Friedhöfe und regt an, die Meldezeiten für die Arbeitssuchenden bei der Schneesäuberung vom sozialen Gesichtspunkt aus abzuändern, sowie eventuell ein Vormerkungssystem einzuführen. In bezug auf die Modernisierung des Wiener Kanalnetzes spricht sich Redner gegen eine ausschliessliche Verwendung von Betonrohren und für Steinzeugrohre und Steinzeugschalen aus. Namens der von ihm vertretenen Arbeiterschaft dankt Redner der Stadtverwaltung für die Fortsetzung der Strassenbauarbeiten auch im Jahre 1936, wendet sich jedoch gegen eine etwaige Steigerung der Betonstrassen, da bei diesen die Lohnquote viel geringer ist, als bei den Hartsteinstrassen. Er bringt einen Lohnkonflikt in der Ziegelindustrie zur Sprache und bittet die Stadtverwaltung als Hüterin der sozialen Ordnung im Sinne einer gerechten Beilegung einzugreifen.

Rat Ing. Gross ersucht zunächst um ein <sup>die</sup> individuelles Vorgehen der Baupolizei. Er betonte mit besonderem Nachdruck die Bedeutung des Hausreparaturfonds und des Assanierungsfonds für das gesamte Baugewerbe und ersucht, beide Fonds so hoch wie möglich zu dotieren, um der Wiederbelebung der Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung auf diesem Gebiete neue Impulse zu geben.

Rat Jirek schildert die Lage des Fuhrwerksstandes. Das Wiener Fuhrwerksgewerbe sei dem Bürgermeister zu grossem Dank verpflichtet.

Redner bittet dem Fuhrwerksgewerbe auch in den schweren Wintermonaten Beschäftigung zu geben.

Rat Dr. Holomek verweist auf Herstellungsbedürftigkeit des Kanals in der Gentsgasse und gibt dann die Anregung für den Höhenweg, der auf Anordnung des Bürgermeisters von Hütteldorf bis auf den Kahlenberg angelegt werden soll, entsprechende Zugänge zu schaffen oder zu bezeichnen. Für diese Arbeiten mögen auch die privaten Verschönerungsvereine herangezogen werden.

Rat Prof. Gurschner tritt dafür ein, dass auf dem Arbeitsgebiet der Denkmalpflege nur sachkundige Fachleute beschäftigt werden sollen, um nicht durch unsachgemässe Arbeiten an den Denkmälern Schäden zu verursachen. Bei der Offertverhandlung über solche Arbeiten möge das Stadtbauamt vor allem die Leistungsfähigkeit der Offerenten prüfen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt.

Wien, am .....

Rat Ing. Petravic spricht den Wunsch aus, dass bei Vergebung des Hausreparaturfonds auch die Industrie nicht übergangen werde. Er denkt da insbesondere an die Aufzugfabriken, die im Jahre 1935 nur 40 Aufzüge in Neuherstellung durchzuführen hatten. Es sind in Wien 6000 Häuser, wo der Einbau von Aufzügen möglich wäre. Wenn nur die Möglichkeit geschaffen würde in sechszig von diesen Häusern Aufzüge einzubauen, so würde sich eine Mehrbeschäftigung von 234 Arbeitern ergeben und auch einer Anzahl von Gewerben Verdienst geschaffen werden. Es würde hiezu im ganzen ein Betrag von rund 180.000 S notwendig sein, der wohl auch aus den kargen Mitteln des Reparaturfonds erübrigt werden könnte.

FrauRat Kuster spricht zum Kapitel Strassenpflege und bittet das Stadtbauamt darauf zu sehen, dass bei Glatteis schon in den frühen Morgenstunden nicht nur die Gehwege, sondern auch die Strassenübergänge bestreut werden, um den Nachtarbeitern, wie den Austrägern der Bäcker, der Milchgeschäfte, Zeitungsausträger, ihren Dienst zu erleichtern.

Rat Engelbrecht meint, dass die Schneesäuberung in den frühen Morgenstunden etwas zu spät einsetzt. Man sollte trachten, dass auch den Leuten, die um diese Zeit schon zur Arbeit gehen, halbwegs gesäuberte Strassen zur Verfügung stehen. Redner spricht auch den Wunsch aus, dass die Strassenkehrer und die Chauffeure der Reinigungsmaschinen belehrt werden, die Staubeentwicklung nach Möglichkeit zu verringern.

In seinem Schlussworte sagt Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil unter anderem auf die Ausführungen des Rates Ing. Hermann, dass die Betonstrassen in der Grosstadt nur ein beschränktes Anwendungsgebiet haben und dass es unrichtig sei zu behaupten, dass die Betonstrassen in anderen Ländern dominieren. Es sei auf der ganzen Welt so, dass man das Führwerk den Strassen anpassen müsse.

In diesem Zusammenhang nimmt der Referent auch zur Frage der Herstellung von Betonbrücken Stellung und erklärt, dass die Herstellung einer sechs spurenbreiten Brücke wie die Rotundenbrücke sich um vieles teurer stellen würde. Zur Frage der Herstellung von Zugängen zum Höhenweg verweist der Referent darauf, dass der Herr Bürgermeister bereits die Inbetrachtziehung von Wegen, die von den Endstationen zum Höhenweg führen, angeordnet hat.

Sodann wird nach einem Referat des Senatsrates Dr. Fenzl das sechste Hauptstück "Wirtschaftsamt" ohne Debatte genehmigt.

(Die Sitzung dauert fort).

\* Rat Hess beklagt, dass Wien zu den lärmendsten Grosstädten zähle und würde es im Interesse des Fremdenverkehrs begrüßen, wenn Mittel gefunden würden um den Lärm einzuschränken.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Nunmehr gelangt das Hauptstück VII "Arbeitsbeschaffung" zur Verhandlung. Berichterstatter ist Obersenatsrat Dr. Neumayer, der nochmals den Einbau : dieses Hauptstückes in dem gesamten Voranschlag begründet. Vor allem wird hervorgehoben, dass die ursprünglich getrennten Posten des Assanierungs- und Hausreparaturfonds in eine Post zusammengezogen werden, um so eine leichtere Beweglichkeit herzustellen und damit auf jedem Fall den Bestand des Hausreparaturfonds für das kommende Jahr zu sichern. Ausserdem ergibt sich insofern eine Verschiebung, als eine neuerliche Ueberprüfung der eingelangten Wohnung ergeben hat, dass der Hausreparaturfond noch rund 300.000 S im Jahre 1935 ersparen wird, sodass um den gleichen Betrag die Dotation des Assanierungs- und Hausreparaturfonds sich erhöht. Von besonderer Beachtung ist die Aufnahme einer Ausgabepost der fünften Stadtrand-siedlung, sodass auch im nächsten Jahr diese sich so günstig auswirkende Aktion in ihrem Fortbestand gesichert erscheint. Schliesslich hebt der Referent noch hervor, die Schaffung einer in der ursprünglichen Vorlage nicht vorgesehenen Post zur Bekämpfung der Rauchplage und ähnlicher Schäden. Wie die Aktion durchgeführt wird, steht noch nicht fest,

doch kann soviel verraten werden, dass versucht werden soll, bei dieser Aktion privates Kapital mit <sup>zu mobilisieren.</sup> Aus den erwähnten Aenderungen ergibt sich eine Steigerung des Gesamtaufwandes im VII. Hauptstück um die erwähnten 300.000 S, sodass also aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung rund 55'1 Millionen S im Jahre 1936 verausgabt werden können.

Rat Ing. Petravic spricht ausführlich zum Problem der Arbeitsbeschaffung, die nirgends Widerstand findet, wenn sie von volkswirtschaftlicher Rentabilität ist. Die Arbeitsbeschaffung muss rationell sein, befruchtend und muss sich vor allem dauernd auswirken, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, die jetzt eingestellten Arbeitskräfte dauernd beschäftigen zu können. Notwendig ist es, bei der Arbeitsbeschaffung über die Schlüsselindustrie hinaus auch andere Industrien, wie die Metallindustrie, z.B. mit Aufträgen zu versehen. Redner spricht sodann von der Exportförderung und meint, dass auch diese, weil die Risiken für die Privatunternehmungen über ihre Kraft gehen, von der öffentlichen Hand in ihren Wirkungskreis einbezogen werden müssten.

Nunmehr berichtet Generaldirektor Menzel über den Wirtschaftsplan 1936, sowie über die Bilanz 1934 des städtischen Gaswerkes. Das genannte Werk hat für das kommende Jahr die Gaserzeugung mit 274 Millionen Kubikmeter angenommen. Der Voranschlag ergibt einen Gebarungsüberschuss von rund 10'5 Millionen S. Ferner referiert Generaldirektor Menzel über die städtischen Elektrizitätswerke, deren Wirtschaftsplan für das kommende Jahr einen Gebarungsüberschuss von rund 10'2 Millionen S ausweist. Direktor Ing. Werner berichtet sodann über den Wirtschaftsplan 1936 der städtischen Strassenbahn, die einen Gebarungsabgang von 4'5 Millionen S veranschlagen. Die Strassenbahn rechnet für das kommende Jahr einschliesslich der Stadtbahn mit einer Fahrleistung von 125'6 Millionen Wagenkilometern und einschliesslich der Stadtbahn mit einer Beförderungsleistung von 483'7 Millionen Fahrgästen. Im Autobusbetrieb wird eine Gesamtfrequenz von 16'4 Millionen Fahrgästen angenommen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am .....

Sodann referieren Direktor Ing. Stanka über das städtische Brauhaus, Direktor Ing. Raschendorfer über die städtische Leichenbestattung und Direktor Pikolon über die städtische Ankündigungs-ernehmung .

Dazu sprechen die Räte Stubenvoll , Elsinger und Ing. Petravic, worauf in einem Bericht des Obersenatsrates Dr. Neumayer über "Bilanz und Bedeckung" Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft abgeschlossen ist.

Bürgermeister Richard Schmitz dankt in herzlichen Worten die ernste und sachliche Beratung des Haushaltplanes der Stadt Wien und schliesst mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen die Bürgerschaft und die gesamte Wiener Bevölkerung die Sitzung.

.....